Grünen-Hofreiter mosert weiter – und will Windräder noch dichter an Wohnhäuser stellen

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2019

Hintergrund sind neue Pläne der Bundesregierung für eine neue Abstandsregel zwischen Windrädern und Wohnhäusern scharf kritisiert, mit denen die Regierung endlich zumindest Teilweise die Nöte der Menschen ernst nimmt, die die begativen Begleiterscheinungen der ideologischen Windkraft-Hochrüstung in Deutschland bislang ausbaden mussten und darum oft jahrzehntelange Prozesse führen mussten. Die WKA's verschandeln die Landschaft, versauen historische Stadtbilder, versiegeln Flächen, töten Milliarden von Insekten und hunderttausende Vögel, sie bringen ungelöste Entsorgungs- und Rückbauprobleme mit sich – und sie machen Menschen in ihrer Umgebung krank. All das interessiert wohlstandsverwahrloste linksgrüne Volkserzieher und Klimaretter in ihren klimatisierten Großstadtbüros freilich einen Dreck, fernab von der hässlichen Realität der Landbevölkerung.

> *„Die neue Abstandsregelung darf niemals Gesetz werden",* mault Hofreiter laut „dts Nachrichtenagentur" gegenüber dem Nachrichtenportal T-Online. *„Das wäre die Zerstörung einer Schlüsselbranche der sozial-ökologischen Marktwirtschaft",* meint der Grünen-Politiker weiter – in völliger Verkennung der eigentlichen Gründe der WKA-Krise, die schlicht in der nichtvorhandenen Markt- und Wettbewerbsfähigkeit der Technologie (jedenfalls in der Fläche des Inlands) liegt und die ohne staatliche Subventionen nie überleben konnte.

Abgehobene Subventions- und Dirigismusorgien

Die Bundesregierung will bundesweit einen Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen Windrädern und Wohnsiedlungen festschreiben. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass dies ab fünf Häusern gelten soll und der Abstand auch von Häusern eingehalten werden muss, die erst noch gebaut werden könnten. „Es ist ohnehin nicht sinnvoll, Abstände bundesweit zu regeln, weil Bundesländer sehr unterschiedlich dicht besiedelt sind", so der Grünen-Fraktionschef.

Hofreiter jammert, der Windkraftausbau sei auf etwa ein Zehntel des Stands vor zwei Jahren eingebrochen. Auf den Gedanken kommt er gar nicht, dass die Bürger darüber vielleicht gar nicht so unglücklich sind. Denn anders als staatsalimentierte Pfründegänger wie er – allerdings unter den Folgen der Energiepolitik der letzten 20 Jahre massiv leiden, kommt ihm nicht in den Sinn. Gerade heute erst schreibt die „FAZ„, dass die Stromkosten in Deutschland weiter steigen werden.

Waschechte „Grüne“ macht die weitere Energieverteuerung vermutlich eher nachgerade froh – bekanntlich zählen ihre Wähler ja zu den Besserverdienern, und der uneinsichtige Rest ist im Zweifel sowieso rechtspopulistisch, verantwortungslos, klimaleugnend. (DM)

Übernommen von Journalistenwatch